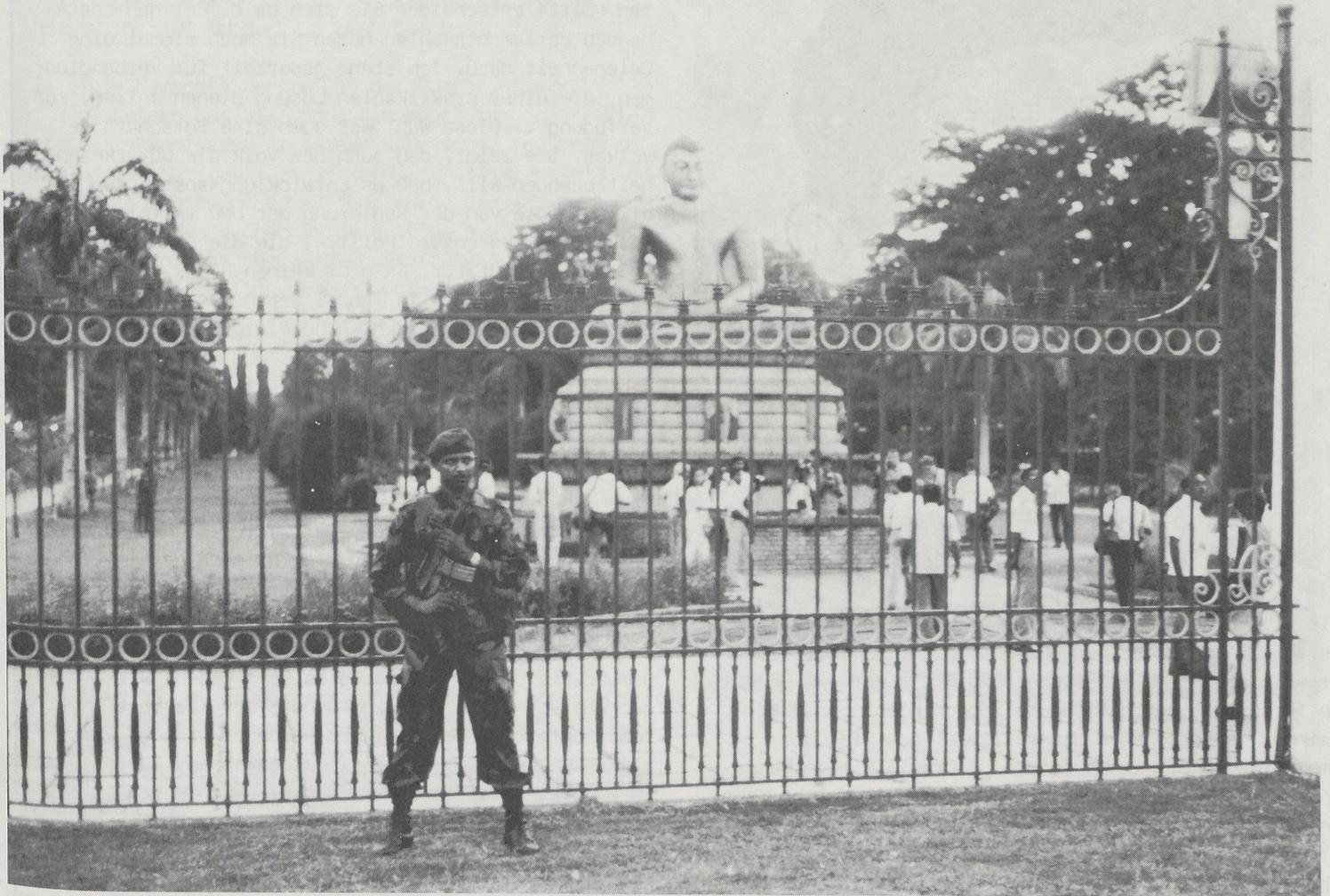




“Ein Lob dem Wähler” — Sri Lanka hat einen neuen Präsidenten —



Große Sicherheitsvorkehrungen während der Wahlen – selbst die Buddha-Statue blieb nicht ohne Schutz (Foto: Keller)

“Die Gewalt muß und wird ein Ende haben”, erklärte der neue Präsident Sri Lankas Ranasinghe Premadasa kurz nach seinem Wahlsieg und machte damit klar, daß die Befriedung der südlichen Landesteile sein oberstes Ziel sein wird. Der Populist und ehemalige Premierminister konnte mit 50,43 % der abgegebenen Stimmen knapp die absolute Mehrheit erreichen. Als der “Mann des Volkes” am 2. Januar 1989 sein Amt antrat, versprach er in der alten sinhalesischen Königsstadt Kandy “ein goldenes Zeitalter für alle”. Der 64-jährige aus der niedrigen sinhalesischen Hinaya-Kaste beendete mit seiner Wahl eine Ära, die seit 1948 nur Premierminister und Präsidenten aus der höchsten Goyigama-Kaste kannte. Seine schärfste Konkurrentin Sirimavo Bandaranaike, gemeinsame Kandidatin einer zuletzt auf fünf Parteien zusammengeschrumpften Allianz (DPA), konnte nur 44,9 % der Stimmen für sich verbuchen. Ohne

nancen blieb Ossie Abeygoonasekera. Der Bewerber der Linken für das höchste Amt im Staat erhielt nur 4,63 % der Stimmen.

Insgesamt waren 9,4 Millionen Wähler aufgerufen, einen Nachfolger für den scheidenden J.R. Jayawardene zu bestimmen. Mit 55 % gab es die niedrigste Wahlbeteiligung seit 35 Jahren, die im Süden wegen Drohungen und Einschüchterungen besonders niedrig war. Hier hatte die sinhalesisch-chauvinistische ‘Janatha Vimukthi Peramuna’ (JVP) die Wähler zum Boykott aufgefordert. Auch in den meisten Wahlkreisen im Norden beteiligten sich nur etwa ein Viertel der Stimmberechtigten an der Wahl. Dort war das Fehlen eines tamilischen Kandidaten, Gleichgültigkeit und Distanz zur Politik in anderen Landesteilen für die niedrige Wahlbeteiligung verantwortlich.

Kurz nach der Bekanntgabe seines Wahlsiegs wandte sich der neugewählte Präsident Premadasa über Funk und Fernsehen an das Volk. Auszüge aus seiner kurzen Rede:



"Dies ist ein großer Sieg für freie Wahlen. Die Stimme des Volkes hat nicht vor der Brutalität kapituliert... Wir alle sind sehr erleichtert, daß die Vernunft über den Terror gesiegt hat. Heute können nicht nur die Gewinner, sondern auch die Verlierer den Sieg der Demokratie in Sri Lanka feiern... Frau Sirimavo Bandaranaike und Herr Ossie Abeygoonasekera sind nicht mehr länger meine Rivalen. Für mich sind sie zwei Mitbewerber, die dem Volk eine alternative Politik präsentiert haben. Schließen wir uns zusammen, um jegliche Bitter-

keit nach der Wahl zu verhindern. Die Stärke unseres Sieges liegt in unserer Fähigkeit, diejenigen zu schützen, die gegen uns sind. Ich appelliere an alle, provokative Aktivitäten zu unterlassen. Wir haben hart gekämpft. Laßt uns nun gemeinsam noch härter kämpfen, um Angst und Armut zu besiegen. In diesem Moment wende ich mich im Namen meiner Landsleute an all jene, die immer noch keine demokratischen Verhältnisse akzeptieren. Bitte entscheiden Sie sich bald. Bei den anstehenden Parlamentswahlen haben Sie noch einmal eine Gelegenheit dazu. Ich stehe jederzeit für Verhandlungen, die einer praktikablen Lösung dienen sollen, zur Verfügung... Diese Wahl war auch eine Botschaft des Volkes. Sie zeigt, daß auch das Volk die Güterknappheit beenden will, daß es Entwicklungsanstrengungen billigt, die von der Regierung der UNP verfolgt werden, daß es unsere Politik, die die Armut lindern soll, unterstützt... Es gibt keinen Platz für die Politik des Terrors im Tempel der Demokratie. Diejenigen, die sich an den Wahlen beteiligt haben, wurden bedroht und attackiert. So etwas muß und wird aufhören... Das Volk hat gesprochen, seine Stimme ist deutlich, unser Mandat gilt in der gesamten Nation, unsere Sache ist gerecht... Lassen Sie mich dem Wahlleiter und all denen danken, die ihm geholfen haben, diese kritische Präsidentschaftswahl abzuhalten. Sie haben den Sieg freier Wahlen sichergestellt. Mein Dank gilt auch allen, die für mich gestimmt und all jenen, die für mich gearbeitet haben. Wir stehen tief in der Schuld des tapferen und friedliebenden Volkes von Sri Lanka. Es bewies seinen Einsatz für die Demokratie. Dabei riskierte es sein Leben. Wir verbeugen uns vor allen, die zum Schutz der Freiheit ihr Leben opferten oder verletzt wurden. Nur wenn wir alles tun, um die Demokratie zu bewahren, war das Opfer dieser Leute nicht umsonst... Ich werde alle meine Versprechen, die im Manifest der UNP festgeschrieben sind, halten...". (Übersetzung: Karin Beckmann)

Für Ranasinghe Premadasa war die niedrige Wahlbeteiligung im ländlichen Süden, der Hochburg von Frau Bandaranaike, günstig. In den beiden größten Städten, Colombo und Kandy, lag er trotz hoher Wahlbeteiligung weit vor seiner Konkurrentin. Ein wichtiger Faktor für den Sieg war das Wahlverhalten der indisch-tamilischen Plantagenarbeiter in der Zentralprovinz. Wie schon bei anderen Wahlen hatte der einflußreiche Führer der Plantagenarbeiter, S. Thondaman, die Unterstützung für Premadasa sicherstellen können. Hinzu kam eine in letzter Minute zustandegekommene stille Allianz mit dem Führer des 'Moslem Congress' (SLMC), M.H.M. Ashraff, die sich vor allem auf das Wahlverhalten der moslemischen Minderheit im Osten auswirkte.

Beobachter hatten im Vorfeld die Wahl als "die wichtigste in der Geschichte" der 1948 von den Briten in die Unabhängigkeit entlassenen Republik bezeichnet. Für Sirimavo Bandaranaike war sie sogar die "letzte Gelegenheit zum Erhalt der Demokratie". Insgesamt

waren 40.000 Polizisten, Tausende von Soldaten und para-militärische Einheiten aufgeboten; in den tamilischen Gebieten kamen zusätzlich indische Truppen zum Einsatz.

Der blutigste Wahlkampf

Es war der blutigste Wahlkampf in der Geschichte des Landes. Drohungen, Einschüchterungen, Bombenanschläge, Morde und andere Varianten von politisch motivierten Störversuchen waren an der Tagesordnung. Alleine in der Zeit zwischen Mitte November und dem Wahltag mußte die Polizei weit über 400 Morde in den südlichen und 69 in den nördlichen und östlichen Landesteilen registrieren. Am Wahltag kam es in der Süd-, Nordwest-, Nordzentral- und Zentralprovinz zu zahlreichen Zwischenfällen, bei denen erneut mindestens 30 Menschen ums Leben kamen. Im südöstlichen Monaragala Distrikt konnten 49 Wahllokale erst gar nicht geöffnet werden, weil die Wahlaufsicht die einzelnen Orte nicht erreichen konnte.

Ein Großteil des Terrors, Anschläge auf Telefon- und Stromverbindungen, die ganze Gebiete von der Außenwelt abschnitten und wochenlangen Stromausfall bescherten, und andere Sabotageakte gehen auf das Konto der JVP und ihrer diversen Frontorganisationen. Sie werden mittlerweile für fast eintausend kaltblütige Morde an denen verantwortlich gemacht, die für das Abkommen mit Indien eingetreten waren oder sich den teilweise aberwitzigen Anweisungen der JVP widersetzt hatten (siehe auch: JVP Artikel S. 24/Interviews, S. 28)

Weil viele Menschen Zweifel an der Durchführbarkeit der Wahl hatten und die Oppositionsparteien dem Präsidentschaftskandidaten Premadasa und seiner regierenden 'Vereinigten Nationalpartei' (UNP) schon im Vorfeld Manipulationsversuche vorwarfen, wurde die Wahl von einer 10-köpfigen Beobachterdelegation aus Ländern der südasiatischen Staatengemeinschaft (SAARC) beobachtet. "Wir sind uns natürlich darüber bewußt, daß wir nur wenige der über 8.000 Wahllokale besuchen können", räumte Herr Patel, ein Pakistani und Mitglied der Delegation, ein. Die anderen distinguierten Herren, pensionierte Rechtsanwälte, Richter und Politiker, kamen aus Indien, Bangladesh und Nepal. "Wir wissen, was vor der Wahl hier los war. Wir haben allerdings auch schon schlimmeres erlebt und vielleicht können wir ja durch unsere Anwesenheit zu fairem Verhalten beitragen", meinte Patel anlässlich einer Pressekonferenz zwei Tage vor der Wahl (siehe Kasten: vorläufiger Bericht der SAARC-Beobachtungsdelegation). Nie zuvor bedurfte es in der "Fünf-Sterne-Demokratie", wie das Land gerne vom scheidenden Präsidenten Jayawardene genannt wurde, einer internationalen Beobachterdelegation. Die Politik war vergleichsweise "sauber", Wahl-



Die Brutalität des Wahlkampfes übertraf fast noch diejenige des Filmes, für den geworben wird. Unter den Filmplakaten Werbeplakate des Kandidaten Premadasa (Foto: Keller)

fälschungen, Einschüchterungsversuche und Gewalt vor, während und nach Wahlen kamen zumindest bis 1977 kaum vor. Seitdem hat sich in Sri Lankas einiges verändert. "Sri Lanka ist zum Schlachtfeld geworden", meinte eine Zeitung in Colombo kurz vor der Wahl treffend.

Terror nicht nur durch die JVP

Die JVP sei jedoch nicht für alle Gewaltakte verantwortlich zu machen, meinen Beobachter. Die staatlichen Sicherheitskräfte hätten das ihre zur Eskalation getan. Von der Regierung waren noch kurz vor der Wahl neue Bestimmungen erlassen worden, die ihnen mehr Rechte beim Vorgehen gegen 'subversives' einräumten. Ähnlich wie in früheren Jahren im Norden und Osten der Insel mehrten sich die Fälle, bei denen Jugendlichen irgendwo entlang der Straßen im Süden der Insel ermordet aufgefunden wurden. Der Rechtsanwalt Mahinda Rajapakse aus dem einstigen Touristenort Tangalla berichtete am 18. Dezember von 62 Leichen, die binnen weniger Tage gefunden worden seien. Meist liegt neben dem Leichnam ein Zettel mit der Aufschrift: "Dies ist die gerechte Strafe für JVP-Mitglieder, PRRA". PRRA steht für 'Peoples Revolutionary Red Army', die erst-



Zum Schutz der Wähler waren zahlreiche militärische und para-militärische Einheiten aufgeboten (Foto: Keller)

Auszüge aus dem vorläufigen Bericht der SAARC-Beobachterdelegation:

"Die zehnköpfige nicht-staatliche Beobachterdelegation aus vier SAARC-Ländern traf am 16. Dezember 1988 in Sri Lanka ein und hatte am folgenden Tag Gespräche mit den drei Präsidentschaftskandidaten, dem Wahlleiter, Menschenrechtsorganisationen und anderen nicht-staatlichen Organisationen, die sich mit der Durchführung der Präsidentschaftswahl befassten... Die Delegation erhielt von den Kandidaten, von politischen Parteien, von einigen nicht-staatlichen Organisationen sowie von Personen diverse schriftliche und mündliche Darstellungen über Gewaltanwendung und die Fairness des Wahlprozesses... Am 18. Dezember wurde die Delegation in 5 Gruppen aufgeteilt, um die Wahl in den Distrikten von Matara, Kandy, Anuradhapura, Jaffna und Colombo zu beobachten...

Gegen Wahlaufsichtspersonen und Wähler wurde oft Gewalt verübt, sie wurden bedroht oder eingeschüchtert. Derartige Vorkommnisse behinderten die Wahl in 49 von 215 Wahllokalen im Monaragala Distrikt. Dies betraf insgesamt 45.000 registrierte Wähler... Die Delegation möchte ihr großes Bedauern über die Ermordung von zwei Wahlaufsichtsbeamten... zum Ausdruck

bringen... Die Einschüchterungen während der Wahlkampagne waren beispiellos. Der Delegation war deshalb klar, daß besonders in der Nord-Ost-Provinz, der Südprovinz und in Teilen der zentralgelegenen Gebiete des Landes ein bedeutender Teil der Bevölkerung... nicht in der Lage war, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Andererseits war die Wahlbeteiligung in den städtischen Zentren relativ hoch... Während die Wahlbeteiligung bei früheren Präsidentschafts- und Parlamentswahlen deutlich höher lag, steht eine Wahlbeteiligung von 55,3 % doch für ein ungebrochenes Interesse an Wahlen.

Die Delegation erhielt diverse Darstellungen und Informationen über Unregelmäßigkeiten in Bezug auf die Wahllisten, über das verspätete Öffnen von Wahllokalen, den ungleichen Zugang zu staatlichen Vergünstigungen während des Wahlkampfes, über Verhaftungen von Parteimitgliedern, die sich am Wahlkampf beteiligt hatten... und über die Nichtzustellung von Wahlbenachrichtigungen...

Die Delegation glaubt, daß die Wahl trotz Einschüchterungen und Gewaltanwendung... im Ganzen als positiv zu bewerten ist - auch wenn sie von anderen als fehlerhaft angesehen wird...". (Übersetzung: Claudia Indira d'Souza).



Karikaturen zu den Wahlen aus: 'Sunday Times', Colombo, 'Island', Colombo, 'Hindustan Times', New Delhi.

mals Ende November letzten Jahres in Erscheinung trat. Um diese neue Gruppierung innerhalb der Terrorszene des Landes ranken sich zahlreiche Gerüchte. Einige Beobachter sind der Ansicht, PRRA sei eine Neuschaffung der Streitkräfte und solle für die von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen herhalten. Die Regierung bezeichnet PRRA als eine mit der JVP rivalisierende Gruppierung, der abtrünnige Mitglieder der JVP angehören sollen.

Daß nicht nur die JVP, die Streitkräfte oder PRRA für Gewalttaten verantwortlich sind, meint Dr. Neville Fernando. Er war am Vortag der Wahl nur knapp dem Tode entgangen, als in seinem Haus in Panadura, 25 km südlich von Colombo, sieben Menschen im Kugelhagel einer Todesschwadron ums Leben kamen. Für Fernando, einem ehemaligen Abgeordneten der UNP, seit einiger Zeit aber Mitglied der oppositionellen SLFP, steht fest, daß UNP-Leute für den Anschlag verantwortlich sind. Offen nennt er ihren Parlamentsabgeordneten, dessen Fahrzeug am Tatort von Augenzeugen erkannt wurde. "Weil ich Bandaranaikes Wahlkampf unterstützte, sollte ich umgebracht werden", sagt er noch sichtbar benommen nur wenige Stunden nach dem Vorfall in seinem Haus. Dort geht es zu wie in einem Wespennest; Menschen kommen, um zu kondolieren, andere, um sich die noch frischen Spuren des Blutbades anzuschauen. Zwischen den bedrückenden Szenen präsentieren junge Männer nicht ohne Stolz ihre Gewehre. "Ja es ist fast wie in Chicago", antwortet Fernando auf die Frage, ob jetzt SLFP-Parteihelfer auch bewaffnet seien. "Mittlerweile besitzen alle möglichen Leute in diesem Land Waffen." Nach dem Vorfall habe die Polizei, die alleine nicht mehr für die Sicherheit von Personen garantieren könne, noch zusätzliches "Material" ausgegeben, "wir müssen uns doch schließlich verteidigen können." Mervyn Cooray, der beschuldigte UNP-Abgeordnete, bestreitet, er und seine Leute hätten irgendetwas mit dem Anschlag zu tun. "Ich war selber im Februar Opfer eines Anschlages", sagt er und zeigt seine gerade verheilten Schußverletzungen.

Die SLFP-Vorsitzende und Präsidentschaftskandidatin Sirimavo Bandaranaike nennt weitere Fälle: In den Orten Walasmulla, Dambulla, Ratota und Passara seien Wahlhelfer ihrer Partei ermordet worden. Auch hier habe sie keine Zweifel, "daß die Mörder von der UNP sind". Ferner seien Mitglieder und potentielle Wähler ihrer Partei eingeschüchtert worden, "mit Fairneß hat das nichts mehr zu tun", erklärt sie auf einer Pressekonferenz, nachdem der Sieg von Premadasa feststeht. "Wäre alles mit rechten Dingen zugegangen, so würde ich heute vor Ihnen als neue Präsidentin sitzen", sagt sie enttäuscht und mit dem ihr eigenen Stolz und nennt noch zahlreiche weitere Verstöße gegen das Wahlgesetz. All das sei ausreichend, um vor dem Obersten Gerichtshof die Wahlen für Null und Nichtig erklären zu lassen (siehe Kasten: "Bandaranaike: Die Wähler haben ihr Leben riskiert").

Die UNP sieht dem Ganzen gelassen entgegen und be-

Bandaranaike: "Die Wähler haben ihr Leben riskiert".

"Die Hoffnungen der Menschen dieses Landes, die unter der elfjährigen Amtszeit der UNP gelitten haben und glaubten, daß nunmehr eine neue Ära beginnen werde, sind nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen zumindest vorübergehend zunichte gemacht worden. Weil eine außergewöhnlich große Zahl von Stimmberechtigten nicht wählen konnte, habe ich den Wahlleiter gebeten, den Sieger der Wahl solange nicht zu verkünden, bis die Wahlen auch in diesen Wahlbezirken abgeschlossen worden sind (...).

Ich habe bereits Informationen über zahlreiche Unregelmäßigkeiten erhalten, die den normalen Verlauf der Wahlen unmöglich machten. Ich möchte hier betonen, daß die 'Sri Lanka Freedom Party' und die 'Democratic Peoples' Alliance' das Ergebnis der Präsidentschaftswahl nicht akzeptieren (...) Staatliche Macht ist so genutzt worden, daß die Mehrheit des Volkes keine Möglichkeit besaß, frei von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Obwohl bei den vorhergehenden Präsidentschaftswahlen 80 % der Stimmberechtigten zur Wahl gingen, haben bei den jetzigen Wahlen lediglich 55 % gewählt. Dies ist ein klares Anzeichen dafür, daß die Mehrheit der Wähler daran gehindert war, ihre Stimme abzugeben.

Aus den uns bisher vorliegenden Ergebnissen geht hervor, daß die Präsidentschaftswahlen nicht so durchgeführt wurden, wie es hätte sein sollen. Weil es ausreichend Beweise dafür gibt, haben mir meine Rechtsanwälte geraten, die Wahl des UNP Kandidaten für Null und Nichtig erklären zu lassen. Ich erkläre deshalb, daß wir bald auf der Grundlage der uns vorliegenden Beweise den Obersten Gerichtshof anrufen werden, damit dieser diesbezüglich eine Entscheidung trifft.

(...) Ich möchte hier meine tiefste Dankbarkeit und die der 'Sri Lanka Freedom Party' und der 'Democratic Peoples' Alliance' für diejenigen zum Ausdruck bringen, die mich gewählt haben. Sie haben dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt und es geopfert und sich so aufopferungsbereit gegen die Drohungen und Einschüchterungen derjenigen widersetzt, die die staatliche Macht genutzt haben... (Presseerklärung Sirimavo Bandaranaikes vom 21.12.1988).

streitet die Vorwürfe. Hohe Funktionäre machen ihrerseits die SLFP für eine Reihe von Gewalttaten verantwortlich. So seien SLFP Leute für den Mord an elf UNP Parteigängern im kleinen Dorf Nildandahinna in der Zentralprovinz wenige Tage vor der Wahl verantwortlich und außerdem könne Frau Bandaranaike wohl ihre Niederlage nicht eingestehen.

Offen gegen Terror

Der Kandidat, der sich als einziger offen gegen den Terror der "faschistischen JVP" wandte, wurde selber

fast Opfer der Gewalt. Wenn Ossie Abeygoonasekera, Sinhalese wie die beiden anderen Bewerber, bei seinen Auftritten für den Fortbestand des 'Friedensabkommens' warb und in die Menge rief, er werde "keine billigen Nahrungsmittel versprechen - aber ich versichere, daß ich Frieden bringen werde", dann verblieb zwischen der Rednerbühne und seinen Zuhörern, unter die sich Soldaten und Spezialpolizeieinheiten mischten, ein 30 Meter breiter Korridor, den nur das bewaffnete "Sicherheitspersonal" der Partei betreten durfte. So sollten Vorfälle wie zu Beginn seines Wahlkampfes vermieden

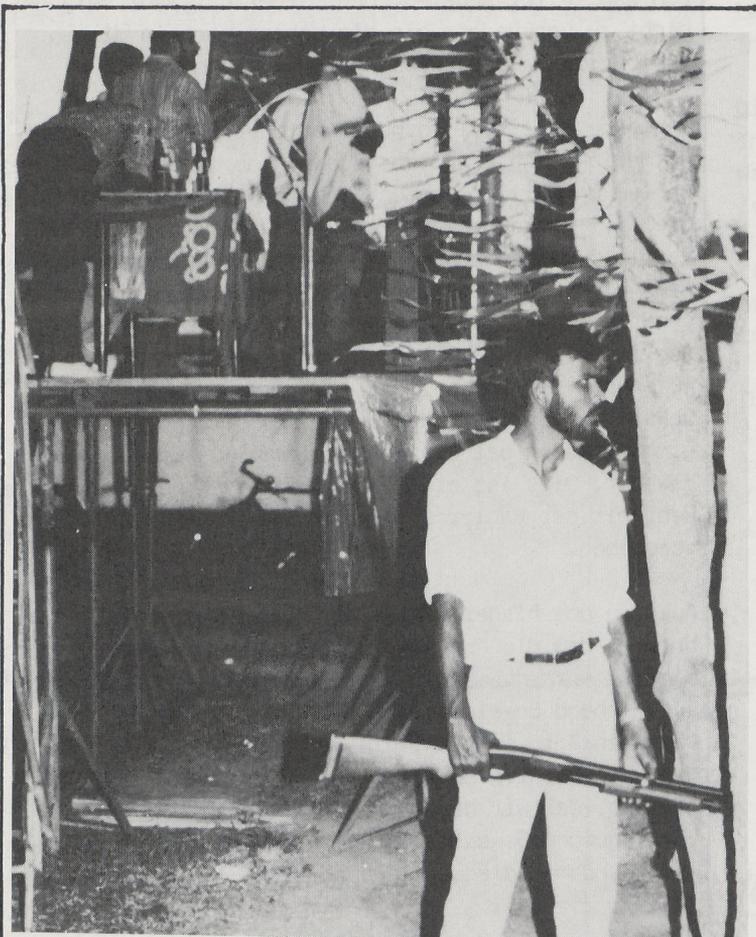
werden, als Bomben auf die Bühne geschleudert wurden. Vier Menschen kamen bei dem Anschlag der JVP ums Leben. Abeygoonasekera überlebte diesen, wie auch die zwei vorangegangenen Attentatsversuche unverletzt.

Wahlkampfthemen

Auch die beiden aussichtsreichsten Kandidaten hatten den umstrittenen 'Friedensvertrag' und den damit verbundenen Rückzug der insgesamt mindestens 50.000 indischen Truppen zum Hauptthema ihres Wahlkampfes gemacht. Premadasa als auch Bandaranaike hatten sich anfangs eng an den Forderungen der JVP orientiert, die die Revidierung des Abkommens mit Indien und den sofortigen Abzug der Truppen fordert. Auch sonst hatten beide lange Zeit offen um die Gunst dieser Partei gebuhlt. Gegen Ende des Wahlkampfes erklärte jedoch vor allem Premadasa, er wolle im Falle seiner Wahl zu Neuverhandlungen mit Indien kommen und beabsichtige nicht die Forderung nach einer sofortigen Rücksendung der Truppen aufrechtzuerhalten. Der Abzug von schätzungsweise 3000 Soldaten unmittelbar nach dem Amtsantritt von Premadasa Anfang Januar kommt der Politik des neuen Präsidenten entgegen. Er ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt mehr als eine symbolische Geste im Hinblick auf die am 15. Februar stattfindenden Parlamentswahlen zu werten. Da die Anwesenheit fremder Truppen auf der Insel erneut eines der Hauptthemen sein wird, will Rajiv Gandhi dem neuen Präsidenten, dessen Wahl er begrüßt hat, und seiner 'Vereinigten Nationalpartei', entgegenkommen, um damit der JVP den Wind aus den Segeln zu nehmen. "Premadasa und die UNP versprechen Kontinuität und sind das kleinere Übel", heißt es in diplomatischen Kreisen.

Welche Auswirkungen der Sieg der tamilisch-nationalistischen DMK unter ihrem Führer Karunanidhi bei den Wahlen im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu vom 21. Januar auf die indische Politik in Sri Lanka haben wird, muß abgewartet werden. Karunanidhi hatte sich nach Unterzeichnung des 'indo-srilankanischen Abkommens' und den anschließend ausbrechenden militärischen Auseinandersetzungen zwischen indischen Truppen und den 'Befreiungstigern' (LTTE) als einer der Hauptkritiker des indischen Engagements in Sri Lanka profiliert und die Unterstützung der LTTE gefordert.

Daß die Forderung nach einem kompletten Abzug derzeit unrealistisch sei, meint auch die kurz vor den Präsidentschaftswahlen gebildete neue Provinzregierung für die überwiegend von Tamilen bewohnten Landesteile. Die Zukunft des im November gewählten Parlaments unter Führung der 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF), die im Gegensatz zur LTTE mit den Indern kooperiert, war ein weiteres Thema des Wahlkampfes (siehe auch: Interview). Im Juli diesen Jahres soll es nunmehr zu dem im 'Friedensvertrag' vorgesehenen Referendum kommen, das über die weitere Zukunft der erst im September 1988 temporär zur 'Nord-Ost-Provinz' zusammengelegten ehemaligen Nord- und Ostprovinzen entscheiden soll.



To all those who sacrificed their lives in carrying forward our message of building the nation

To all those who voted against the government;

To our fraternal parties;

To all those supported our common left candidate,

Ossie Abeyagoonasekera

Amidst unlimited threats and challenges

We Honour and Salute them

for being with us during the trying period of this election!

We wish them courage for our future struggles!

Sri Lanka Mahajana Party

Foto oben: Präsidentschaftskandidat Abeygoonasekera konnte nur mit bewaffneter Parteimiliz Wahlkampfveranstaltungen durchführen (Foto: Keller)

Am 19. November 1988 fanden unter großen Sicherheitsvorkehrungen Wahlen für ein Regionalparlament in der 'Nord-Ost-Provinz' statt. Der neue 'Provinzrat' hat unter Führung der mit Indien kooperierenden 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF) Ende Dezember in der Hafenstadt Trincomalee seine Arbeit aufgenommen. Der EPRLF wird von einigen Seiten vorgeworfen, massiv gegen Mitglieder der 'Liberation Tigers' (LTTE) und ihre Sympathisanten vorzugehen. Mit dem neuen Ministerpräsidenten Varadarajaperumal (EPRLF) sprach Walter Keller:

Die Wahlbeteiligung im November war mit 62 % trotz der Drohungen der LTTE, die zum Boykott aufgerufen hatte, sehr hoch. Wie ist dies zu erklären?

Noch einen Tag vor den Wahlen hat die LTTE versucht, die Wähler einzuschüchtern und die Wahlen zu sabotieren. Die EPRLF ist mit dem Slogan Frieden, Demokratie und Einheit angetreten. Und die Wähler haben offensichtlich diesen Slogan unterstützt. Aber auch wir waren angesichts der hohen Wahlbeteiligung erstaunt. Wenn man nur die Beteiligung der tamilischen Bevölkerung betrachtet, lag sie sogar bei 85 %.

Im Norden hat es ja keine Wahlen gegeben. Wie stark ist die EPRLF dort?

Wir haben Wahlen im Norden als auch im Osten gewünscht, um den Wähler entscheiden zu lassen. Wir hatten auch für die 5 Distrikte im Norden Kandidaten aufgestellt. Aufgrund des Wahlboykotts der LTTE waren im Norden jedoch keine Wahlen mehr notwendig, weil außer der EPRLF nur noch die ENDLF kandidierte, mit der wir dann eine Wahlabsprache trafen.

Können Sie die Probleme des Nordens und Ostens lösen. Die Situation erscheint ja sehr verfahren?

Wir haben dies den Wählern versprochen. Aber eine Lösung der Probleme hängt nicht nur von uns ab. Es wird sicherlich zu Auseinandersetzungen mit der Zentralregierung in Colombo kommen, um die Verwaltung in der Provinz wieder zu normalisieren. Auch für die Wiedereingliederung Tausender von Flüchtlingen brauchen wir die Hilfe Colombos.

Werden Sie die Hilfe aus Colombo erhalten?

Wenn ich zurückblicke muß ich sagen, daß es vor und während der Wahlen keine Kooperation seitens Colombos gab. Die Zentralregierung hat sogar alles getan, um den Wahlprozeß zu behindern.

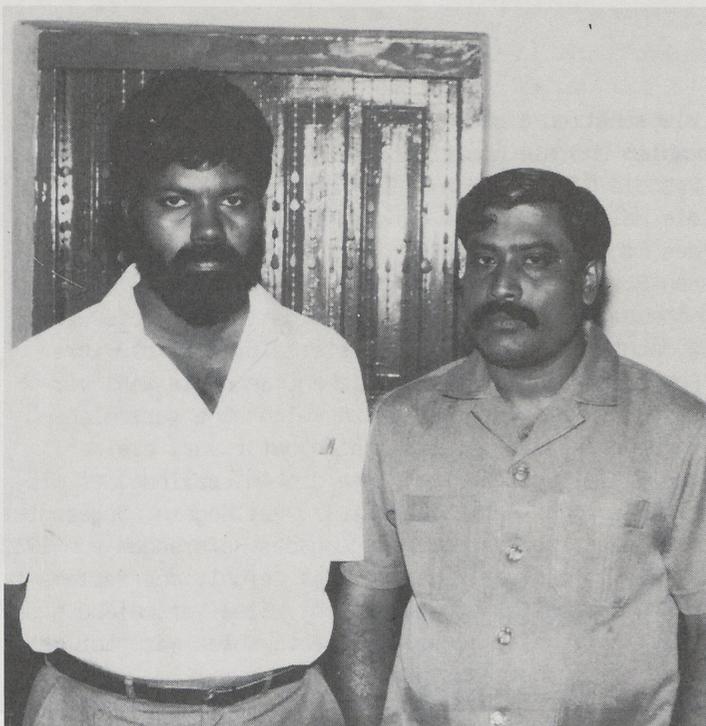
Können Sie die Aktionen der LTTE unterbinden?

Wir hoffen es. Aber wir können nicht so handeln, wie wir es wollen. Die Provinzregierung ist ja von der Zentralregierung abhängig. Und mit einigen Politikern in der Zentralregierung unterhält die LTTE gute Beziehungen. Auch auf die indischen Truppen (IPKF) haben wir keinen Einfluß. Sie agieren eigenständig. Und deshalb wird es auch Probleme zwischen der EPRLF und der IPKF geben. Insgesamt ist der Einfluß der LTTE jedoch sehr geschrumpft. Ihnen bleiben nur noch ter-

roristische Anschläge in kleinem Rahmen. Wir versuchen, auf die LTTE einzuwirken, um sie in den Demokratisierungsprozeß zu integrieren. Wir sind auch zu Gesprächen bereit. Wenn das nicht hilft, müssen wir mit Gewalt gegen die LTTE vorgehen. Uns bleibt dann keine andere Wahl.

Sie haben von einer progressiven Regierung gesprochen?

Ja. Außer mir als Ministerpräsidenten gibt es in der Regierung noch vier weitere Minister. Davon ist einer Sinhalese und gehört zur linksliberalen 'Sri Lanka Volkspartei' (SLMP), einer ist Moslem und gehört der 'Kommunistischen Partei' (CPSL) an, die beiden anderen sind Tamilen und gehören der EPRLF bzw. der 'Eelam National Democratic Liberation Front' (ENDLF) an. Auch zur stärksten Oppositionspartei, dem 'Moslem Congress' (SLMC), unterhalten wir gute Kontakte.



Padmanabha, Führer der EPRLF (links) mit dem neuen Ministerpräsidenten der N-O-Provinz, Perumal (Foto: Keller)

EPRLF wird von einigen Tamilen als "Steigbügelhalter Indiens" bezeichnet.

Die, die uns so bezeichnen, hätten nichts lieber, als die indische Unterstützung der LTTE. Es hängt auch damit zusammen, daß, wo immer eine progressive Regierung ins Amt gewählt wird, reaktionäre Kräfte Kritik üben, um eine solche Entwicklung zu unterlaufen.

Sie hatten Gespräche mit dem neuen Präsidenten Premadasa. Was war Ihr Eindruck?

Wir hatten während der letzten Wochen zweimal Gespräche. Er hat uns den Fortbestand des Regionalparlamentes garantiert. Das neue eingeschränkte Autonomiekonzept für die Überwiegend von Tamilen bewohnten Landesteile ist der letzte Versuch, den Konflikt zu lösen. Sollte Colombo versuchen, dieses Konzept wieder zu revidieren, so wäre es katastrophal. Dann gäbe es wirklich nur noch den Kampf für einen unabhängigen Staat.

Einst wurde er als möglicher Präsidentschaftskandidat der 'United National Party' (UNP) angesehen; nun wird der Minister für Land, ländliche Entwicklung und Mahaweli-Entwicklung, Gamini Dissanayake, als einer der beiden Bewerber um das Amt des Premierministers gehandelt, sollte die UNP die Parlamentswahlen gewinnen. Der andere Kandidat ist Lalith Athulathmudali, Minister für Nationale Sicherheit und Handel. Im folgenden ein Interview mit Minister Dissanayake über die zurückliegende Präsidentschaftswahl und die bevorstehende Parlamentswahl.

Wie schätzen Sie die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen und die unmittelbaren Nachwirkungen ein?

Was die Öffentlichkeit im Augenblick interessiert, ist die Haltung von Frau Bandaranaike, die beabsichtigt, das Ergebnis der Wahl anzufechten. Man sollte sich an den Standpunkt erinnern, den sie vor neun Monaten einnahm, als sie zur SLFP-Kandidatin für diese Wahl gemacht wurde. Damals trat sie dafür ein, daß ihre Anhänger auf die Straßen ziehen, wenn die Wahl verschoben würde. Niemand hatte solch eine Verschiebung vor. Der Präsident sprach sich dafür aus, die Wahl rechtzeitig abzuhalten, ohne die Amtsperiode des Präsidenten oder des Parlaments zu verlängern. Ungeachtet der Frage, welche Berechtigung das Referendum von 1982 besaß, hatten viele von uns das Gefühl, das Parlament sei abgearbeitet und verbraucht. Eine Verschiebung der Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen wäre auf keinen Fall in Betracht gezogen worden.

Die Präsidentschaftswahl hat unter schwierigen Bedingungen, mit Gewalttätigkeiten, stattgefunden. Wichtig ist jedoch festzuhalten, daß die Wähler der von Einschüchterungen geprägten Atmosphäre trotzten. Man darf bei den Wahlen nicht nur einzelne Ereignisse sehen und etwa herausstellen, daß es da und dort Gewalt gab. Eine Atmosphäre der Bedrohung herrschte überall. Das Hauptopfer war die UNP. Man muß nur eine Liste der Getöteten und Verletzten aufstellen, um sich das zu vergegenwärtigen. Die Kandidatur Ossie Abeygonesekeras war auch bedroht, weil gewisse Leute zu verschiedenen Fragen Positionen vertraten, die seinen genau entgegenstanden... Der Wahlleiter und die Sicherheitskräfte haben jedoch exzellente Arbeit geleistet. Wie kann da irgendein Kandidat oder irgendeine Kandidatin die Wahl anfechten? Wie kann jemand Straßenaktionen für den Fall androhen, daß die Wahlen verloren werden? Bei den Umständen, unter denen die Wahl stattfand, ist eine Wahlbeteiligung von 55 % eine bedeutsame Errungenschaft. Die Demokratie hat sich behauptet und das Volk hat seine Entschlossenheit ausgedrückt, seine demokratischen Rechte wahrzunehmen. In vielen entwickelten Ländern liegt die normale Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen kaum über 50 %. Doch in diesen Ländern behauptet dann niemand, die Wahl sei ungültig. Sie srilankanischen Wähler haben großartige Courage bewiesen, und wir alle müssen Hochachtung vor ihnen haben.

Frau Bandaranaike erklärt, es habe während der Wahl zahlreiche Fälle von Betrug und Amtsmissbrauch gegeben.

Sie kann alle etwaigen Unregelmäßigkeiten vor einem unabhängigen Gericht anfechten. Ich behaupte ja nicht, daß irgendwo auf der Welt eine ideale Wahl wie in den alten griechischen Städten stattfinden kann, wo klassische Demokratie praktiziert wurde... Ich glaube, in den Augen der Leute waren die Wahlen hinreichend fair, was auch immer die Parteiführer sagen. Nehmen Sie zum

aus: Anzeige des Präsidentschaftskandidaten Premadasa.

The ushering of a new era for the poor

The scheme to grant Rs.2,500 to each food-stamp family

Wirtschaft

Für den Wirtschaftsbereich wartete vor allem Premadasa mit einem ebenso spektakulären wie unrealistischen Versprechen auf. Abgesehen von den in Sri Lanka üblichen Verlautbarungen über die Stabilität der Preise für Reis, Kokosnüsse und anderer Grundnahrungsmittel, versprach er bis 1990 nicht nur die Schaffung weiterer einer Million Arbeitsplätze. Jeder hilfsbedürftigen Familie, deren Einkünfte unterhalb eines festgelegten Minimums liegt, will er ab April monatlich 2500 Rupies schenken, "um so die Armut im Land zu beseitigen". Dabei sollen 1042 Rupies auf ein Sparkonto eingezahlt und der akkumulierte Betrag nach zwei Jahren investiv eingesetzt werden. Die verbleibenden 1458 Rupies können von den Familien für notwen-

dige Konsumgüter ausgegeben werden. "Ist so ein Programm wirklich durchführbar", wird suggestiv in einem Wahlblättchen gefragt. "Auch wenn Sie das Versprechen mit der Geschichte, Reis vom Mond zu importieren, gleichsetzen. Es ist möglich", ist die Antwort. Kritiker haben das Programm als nicht durchführbar bezeichnet, da insgesamt 1,4 Millionen Familien in den Genuß des Geldes kämen. Bei der prekären Finanzlage des Staates könne das Programm nur über die Notenpresse finanziert werden. Eine nie dagewesene Inflation wäre die Folge. Diesem Argument widerspricht Premadasa. Für ihn ist das alles sehr einfach: "Mit dem Geld werden die Menschen mehr kaufen können. Diese zusätzliche Nachfrage wird zu einer steigenden Produktion führen. Stimmen dann Angebot und Nachfrage überein, wird es

Beispiel meinen Wahlbezirk. Frau Bandaranaike erhielt ungefähr 22.000 Stimmen. Sie erreichte in insgesamt 55 Wahlbezirken eine klare Mehrheit...Es ist zwar richtig, daß extremistische Elemente verhinderten, daß Wahlurnen in die Wahllokale gebracht wurden. Doch die waren nicht von der UNP. Sie gehörten zur JVP...

Frau Bandaranaike hat vor Demonstrationen auf den Straßen gesprochen. Was halten Sie davon?

Weder die SLFP noch irgendjemand anders wird Aktionen auf der Straße veranstalten, jedenfalls keine gewalttätigen... Die Menschen in diesem Land wissen, daß es eine faire Wahl war. Wenn sie auf eine Situation wie in den Philippinen aus ist, dann muß man fragen, wer den Marcos ist. Corazon Aquino konnte das, was sie geschafft hat, nur im Kampf gegen Marcos schaffen. Aber wer bitteschön ist denn bei uns der Marcos?

Offenbar geht jeder davon aus, daß der Sieg von Herrn Premadasa eine Wende für Sri Lanka bedeute. Welche Veränderungen erwarten Sie von seiner Präsidentschaft?

Wir können durchgreifende Veränderungen der sozialen und wirtschaftlichen Struktur unserer Gesellschaft erwarten... Die junge Generation in diesem Land verlangt nach einer neuen Identität... Sie sucht nicht nach hohlen Helden. Sie sucht etwas pragmatisches und bedeutungsvolles. Wir müssen uns um einen Dialog mit diesem neuen Verlangen bemühen. Das ist die Aufgabe, die wir auf der sozialen Ebene zu erfüllen haben. Auf der wirtschaftlichen Ebene müssen wir die Errungenschaften der letzten zehn Jahre konsolidieren und auf diesem Fundament aufbauen. Doch eine moderne, wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur kann nicht errichtet werden, wo es für einige wenige wirtschaftliche Privilegien oder Benachteiligungen gibt... Auf der politischen Ebene ist die Dezentralisierung der Macht ein bleibendes Element geworden. Ich glaube, daß immer mehr Befugnisse politischen Institutionen übertragen werden müssen. Außerdem denke ich, wir sollten ver-

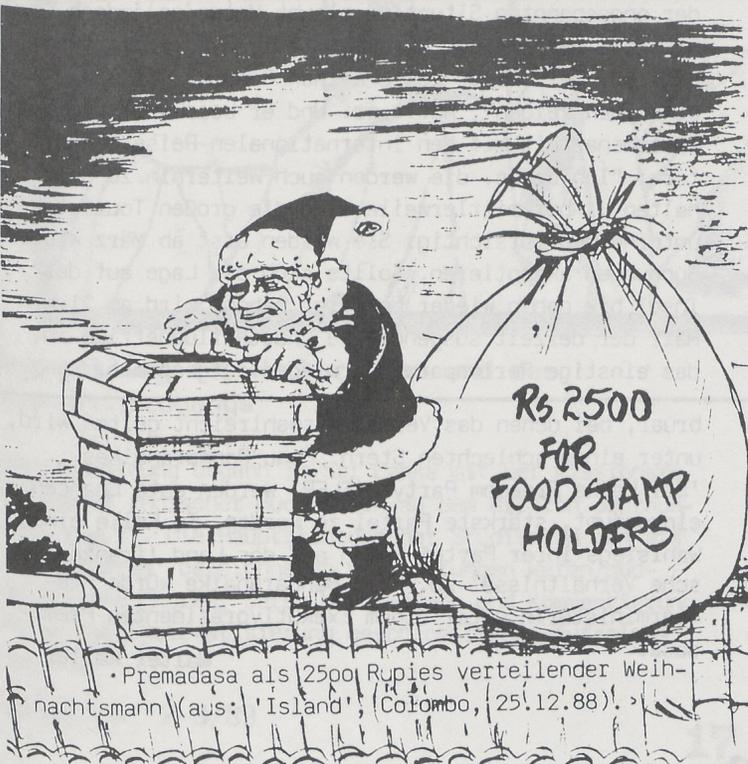
stärkt verschiedene Einrichtungen wie Universitäten mit der Vollmacht ausstatten, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Politisch müssen wir uns im besten Sinn des Wortes auf eine pluralistische Gesellschaft zubewegen.

Es steht für die Parlamentswahlen noch ein harter Kampf bevor. Was denken Sie diesbezüglich?

Die UNP ist zuversichtlich, bei den Wahlen unter dem neuen PR-System (Proportional Representation = Verhältniswahlrecht, d.Red.) gut abzuschneiden... Es ist sehr wohl möglich, daß der Präsident im Parlament mit Oppositionsgruppen in "wilder Ehe", in Kohabitation, wird leben müssen, um einen nationalen Konsens zu erreichen. Ich hoffe, die UNP wird solch eine Gemeinschaft nicht nötig haben, denn ich lebe vorzugsweise monogam. Wenn jedoch eine "wilde Ehe" unvermeidlich ist, dann soll sie auch stattfinden. Ich denke, Präsident Premadasa ist fähig, einen Konsens zu suchen.

Im allgemeinen macht Herr Premadasa den Eindruck eines starken Mannes, der wahrscheinlich mit denen, die gegen Gesetze verstoßen, keine Kompromisse schließen wird. Wird Ihrer Meinung nach unter seiner Präsidentschaft gegen solche Elemente eine härtere Gangart eingeschlagen?

Ja, das ganze Land erwartet das. Kompromißlosigkeit in bezug auf Recht und Ordnung. Gleichheit vor dem Gesetz, Wiederherstellung des öffentlichen Anstands und moralischer Standards in unserer Gesellschaft. In den letzten Jahren ist folgendes passiert: eine Sintflut brach nach dem ethnischen Konflikt von 1983 herein. Ein Einzelereignis führte zu einer nationalen Katastrophe. Der ganze Körper wurde infiziert, und eine Reinigung ist nur durch eine demokratische Ausmerzung möglich. Die Parlamentswahlen werden den Prozeß der Demokratie weiter stärken. Das ist es, was das Volk Sri Lankas unter sehr schwierigen und kritischen Umständen geschafft hat. (aus: 'Sunday Times', 25.12.88, Übersetzung: Kurt Salentin)



keine Inflation geben". Aber die Opposition hat noch einen anderen Kritikpunkt. Es werde keiner der Anspruchsberechtigten mehr arbeiten gehen, weil selbst das durchschnittliche Monatseinkommen eines Bankangestellten nicht einmal 2000 Rupies ausmache. "Der Mann wird dann wahrscheinlich zuhause bleiben und auf das Geld von Premadasa warten".

Ob Premadasa die Gesundung der Wirtschaft und die zunehmende Armut in weiten Bevölkerungskreisen mit solchen Programmen erreichen kann, ist zu bezweifeln. Die Lage ist bei der hohen Verschuldung, wachsender Arbeitslosigkeit, sinkenden Exporterlösen und rückläufigen Investitionen schlichtweg katastrophal (siehe auch: 'Südasiens', Nr. 1/89, Kasten: Terror und Touristen). Nur ein Ende des Terrors im Süden und die Rückkehr zu stabilen Verhältnisse in den tamilischen Landesteilen könnten den wirtschaftlichen Aufschwung in Gang setzen. Premadasa kann dann, wie Jayawardene zuvor, mit großzügiger Unterstützung der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds sowie der westlichen Geberländer rechnen.

• Premadasa als 2500 Rupies verteilender Weihnachtsmann (aus: 'Island', Colombo, 25.12.88).

Terror und Touristen

- Touristenindustrie kann sich nicht erholen -

"1989 rechneten wir mit 300.000 Touristen", sagt Asger Moosajee, Chef der Tourismusbehörde von Sri Lanka. "Aber nach den Vorfällen der letzten Monate sind wir natürlich nicht mehr so optimistisch", fügt er enttäuscht hinzu.

Seitdem im November letzten Jahres Tausende von Touristen aus Europa, vor allem aus der Bundesrepublik, wegen Drohungen der sinhalesischen 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP) aus den Badeorten entlang der Südwestküste evakuiert und in die Heimat zurückgeschickt werden mußten, ist die Tourismusindustrie erneut schwer getroffen.



Schon während der vergangenen fünf Jahre mußte dieser für die Wirtschaft der südasiatischen Tropeninsel bedeutende Sektor wegen der permanenten innenpolitischen Wirren einen ständigen Rückgang der Einnahmen hinnehmen. In den tamilischen Gebieten, vor allem in der Ostprovinz, wurden die Hotels wegen militärischer Auseinandersetzungen zwischen tamilischen Rebellen und den Streitkräften des Landes schon vor einigen Jahren ganz geschlossen. Sie dienten dann anschließend entweder als Militärlager oder wurden kurzerhand von der tamilischen Guerilla "besetzt". Viele der einst prachtvollen Hotelkomplexe sind darüberhinaus völlig zerstört.

1982 besuchten noch über 400.000 Touristen, vor allem aus Westeuropa und aus Indien, das Land. 1987 waren es gerade noch 182.000. "Nach den mir vorliegenden Zahlen werden es 1988 nicht mehr gewesen sein", sagt Moosajee. Der Rückgang der Buchungen um 55 Prozent geht mit Einnahmeverlusten von 62 Prozent einher. 1988 wird das Land umgerechnet nur etwa 120 Millionen Mark aus dem

Bisher ist es jedoch noch zu keinem Ende der Gewalt gekommen. Die Auseinandersetzungen, vor allem im Süden gehen weiter. Erstmals hat die JVP am 29. Januar drei Polizeistationen in Colombo überfallen und Waffen und Munition erbeutet. 4 Polizisten und ein Zivilist kamen bei dem Anschlag ums Leben.

So stehen dann auch die Parlamentswahlen am 15. Fe-

Geschäft mit Touristen erzielen. "Die Evakuierung der Gäste im November hat uns kurzfristig 20 Millionen Mark gekostet, aber die Auswirkungen werden natürlich auch noch in der nächsten Saison zu spüren sein", so der Chef der Tourismusbehörde.

Der Manager eines Fünf-Sterne-Hotels in Colombo klagt wie viele seiner Kollegen über eine katastrophale Unterbelegung. "Unsere Auslastung beträgt nicht einmal 20 Prozent, während die Kosten fast gleich bleiben." Verglichen mit den Strandhotels ist die Lage in Colombo jedoch noch relativ gut. Entlang der Westküste stehen die meisten Hotels leer - und das in der Hauptsaison, die in Sri Lanka auf die Monate November bis April fällt. Viele Hotels schlossen ganz, weil es durch Sabotageakte der JVP kein Wasser und keinen Strom mehr gab. Oftmals hat die 'Volksbefreiungsbewegung' den Beschäftigten im Hotelgewerbe das Arbeiten unter Androhung von Repressalien verboten. "Wir werden tyrannisiert und in große wirtschaftliche Not gestürzt", sagt ein derzeit arbeitsloser Kellner. Daß die schlechte Lage im Tourismusgewerbe nicht auf verminderte Deviseneinnahmen des Staates reduziert werden kann, macht Moosajee deutlich. "Die Beschäftigten sind in der Tat in einer äußerst schwierigen Situation. Obwohl viele Hotels zumindest ihre Festangestellten weiter bezahlen, haben sie große Einkommensverluste", bestätigt er. So verdiene ein Kellner monatlich umgerechnet etwa 60 Mark, seine Einkünfte aus Trinkgeldern und der 10-prozentigen Bedienungszulage machten jedoch ein Vielfaches des Grundgehältes aus. "Ohne Gäste kein Trinkgeld und keine Bedienungszulage", fügt Moosajee hinzu. Noch härter trifft das Ausbleiben der Touristen vielleicht die zahlreichen Zulieferbetriebe oder Tausende kleiner Geschäftsleute, die Obst, Gemüse oder Fisch an die Hotels verkaufen. Auf etwa 30.000 wird die Zahl derer geschätzt, die indirekt von der Industrie abhängig sind; hinzu kommen 25.000 direkt im Touristikbereich Beschäftigte. Trotz der angespannten Situation glaubt Moosajee jedoch, daß sich die Lage wieder beruhigt. "Die JVP verliert an Einfluß, weil diese Leute keinen Respekt vor dem einzelnen zeigen", hofft er. Und er beschwört die gute Zusammenarbeit mit den internationalen Reiseveranstaltern: "Ich denke, die werden auch weiterhin zu uns halten". Aber mittlerweile sind die großen Touristikunternehmen vorsichtig. Sie werden erst ab März wieder Buchungen akzeptieren. Sollte sich die Lage auf der Insel bis dahin wieder beruhigt haben, wird am 21. März der derzeit suspendierte Charterflugbetrieb in das einstige Ferienparadies wieder aufgenommen. W.K.

bruar, bei denen das Verhältnismäßig gelte werden, unter einem schlechten Stern. Frau Bandaranaike 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) werden gute Chancen eingeräumt, stärkste Partei zu werden. Im Falle eines Wahlsiegs ihrer Partei kämen auf das Land 'französische Verhältnisse' zu. Frau Bandaranaike würde Premierministerin unter einem Exekutivpräsidenten Premadasa.

Walter Keller